

Vorbemerkung

Wir haben uns die Aufgabe gestellt, die prinzipielle Herangehensweise des Bezirksverbands Charlottenburg-Wilmersdorf an die Belange im Bezirk unter dem Gesichtspunkt „kommunale Politik“ zu beschreiben und auf wesentliche Handlungsfelder zu konkretisieren.

Das vorliegende Papier ist kein Wahlprogramm – weder vom Aufbau, noch von der Diktion – auch wenn es Inhalte behandelt, die in einem Wahlprogramm vorkommen. Es ist vielmehr ein Leitfaden, mit dem wir nach einer möglichst breiten Diskussion innerhalb des Bezirksverbandes zu einem Wahlprogramm für die Kommunalwahlen 2016 kommen wollen.

Es ist ein Leitfaden auf dem Weg zu einem Wahlprogramm in zweierlei Hinsicht:

Nach innen, um unsere Ziele, Möglichkeiten und Wünsche auszurichten, zu bündeln und zu schärfen und zum anderen, um Kriterien und Ansätze abzuklären, zu vergleichen, um festzulegen, mit welchen Angeboten wir grundsätzlich und in welcher Gewichtung wir mit ihnen an die Öffentlichkeit gehen können.

Gleichwohl ist der Aufbau des Papiers, insbesondere, der Ausgangspunkt, das Grundverständnis von Kommunalpolitik und die Wahl und Priorisierung von Handlungsfeldern aus unserer Sicht für die Arbeit im Bezirk keine bloße Aufreihung relevanter Themen. Uns ist bewusst, dass ganze Politikfelder als Themen nicht explizit in Erscheinung treten (wie z.B. Ökologie, Arbeit und Ökonomie, Friedenspolitik, Kulturpolitik ...).

Diese Politikfelder sind damit keineswegs ausgegrenzt, doch das Papier selbst, stellt bereits eine Abgrenzung dar, wie sie in anderer Form ein Wahlprogramm für eine Wahl auf kommunaler Ebene ebenfalls treffen muss.

Die im Papier genannten Handlungsfelder werden politisch bewertet – auch in ihrer Abfolge. Sie spiegeln wieder,

- dass wir als Partei unseren **sozialen Schwerpunkt** in erster Linie entwickeln wollen und müssen,
- dass **Jugend, ihre Teilhabe an Bildung**, Entwicklung und Formung der Gesellschaft eine herausgehobene Stellung einnehmen, weil hier die kommunalen Kompetenzen und Bedingungen stärker beeinflussbar sind,
- dass **Wohnen und Leben** in der Stadt aus dem gleichen Grund und in vergleichbarer Bedeutung Vorrang haben sollten.
- Wir betrachten **Flüchtlingspolitik** als ein Querschnittsthema, das diese beiden Handlungsfelder wesentlich beeinflusst und damit in Beziehung steht und
- sehen in unserem Kampf **gegen (neu)rechte, eher zunehmende Denkweisen** und Strukturen ein Alleinstellungsmerkmal unserer Partei.

Das Papier ist ein Entwurf und Ergebnis eines Diskussionsprozesses, der uns geholfen hat, uns bereits jetzt inhaltlich für den anstehenden Wahlkampf vorzubereiten.

Wir haben bei den gewählten zentralen Handlungsfeldern eine Struktur gewählt, die von einer Ist-Analyse ausgehen soll, die Bündniskräfte und Gegnerinnen und Gegner beschreiben soll, die möglichen kurz- und längerfristigen Ziele, die Verantwortlichkeiten auch für die Bearbeitung bei uns, die über allgemeine Methoden des Umgangs auf das Themenfeld zugeschnittene Behandlung des Themenfelds und die konkreten Aktivitäten.

So ergibt sich folgende Gliederung:

1	Was verstehen wir unter linker Kommunalpolitik	3
2	Ist-Analyse und Kritik der herrschenden Kommunalpolitik	3
3	Selbstverständnis unserer Rolle in diesem Rahmen.....	4
4	Handlungsfelder und Schwerpunkte entsprechend unserem Ist-Stand, unserer Rolle/Aufgabe und Ressourcen	5
4.1	Handlungsfeld: Soziale Kämpfe und soziale Gerechtigkeit.....	5
4.1.1	Was gehört konkret zum Handlungsfeld?.....	5
4.1.2	Was gab es bisher schon dazu?.....	6
4.1.3	Welche Bündniskräfte, Gegnerinnen und Gegner gibt es?.....	6
4.1.4	Welche kurz- und längerfristigen Ziele lassen sich erreichen?	7
4.1.5	Welche Verantwortliche gibt es?.....	8
4.1.6	Welche besonderen Methoden gibt es?	8
4.1.7	Welche Prioritäten ordnen wir dem im Gesamtrahmen zu?.....	8
4.2	Jugend und Demokratie.....	9
4.3	Handlungsfeld: Mieten und Wohnen in Charlottenburg-Wilmersdorf	13
4.3.1	Was gehört dazu?.....	13
4.3.2	Was gab es bisher schon dazu?.....	13
4.3.3	Welche kurz- und längerfristigen Ziele lassen sich erreichen?	14
4.3.4	Welche besonderen Methoden gibt es?	14
4.4	Handlungsfeld: Geflüchtete in Charlottenburg-Wilmersdorf willkommen heißen ...	15
4.4.1	Was gehört dazu?.....	15
4.4.2	Was gab es bisher schon dazu?.....	15
4.4.3	Welche Bündniskräfte, Gegnerinnen und Gegner gibt es?.....	15
4.4.4	Welche kurz- und längerfristigen Ziele lassen sich damit erreichen?	16
4.4.5	Welche Verantwortlichkeiten gibt es?.....	16
4.4.6	Welche besonderen Methoden gibt es?	16
4.4.7	Welche Prioritäten ordnen wir dem im Gesamtrahmen zu?.....	16
4.5	Handlungsfeld: (neu)rechte Strukturen aufdecken, antifaschistische Kräfte und Haltungen stärken.....	17
4.5.1	Was gehört dazu?.....	17
4.5.2	Was gab es bisher schon dazu?.....	17
4.5.3	Welche Bündniskräfte und Gegenkräfte gibt es?	17
4.5.4	Welche Probleme und Zielstellungen gibt es?.....	18
4.5.5	Welche besonderen Methoden gibt es?	18
4.5.6	Welche Priorität ordnen wir dem im Gesamtrahmen zu?.....	18
5	Methoden und nächste Schritte	19

Was verstehen wir unter linker Kommunalpolitik

Unter Kommunalpolitik wie wir sie betreiben wollen, verstehen wir zunächst alle Belange, die in unserem Handlungsbereich, dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, die dort lebenden Menschen betreffen: Arbeit und Leben mit ihren Ausprägungen, Zusammenleben, Wohnen, Mobilität und vor allem gesellschaftliche Teilhabe an Kultur, Bildung und gesellschaftlicher Gestaltung. Den unmittelbarsten Kontakt und die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft finden die Menschen im Bezirk, im Kiez. Hier bildet sich das gesellschaftliche Bewusstsein der Menschen.

Daher findet für uns überall dort Kommunalpolitik statt, wo Menschen in Charlottenburg-Wilmersdorf „Politik machen“ und/oder an der wir beteiligt sind. Für uns schließt Kommunalpolitik auch jene Politikbereiche ein, die sich zwar im Bezirk abspielen bzw. auswirken aber nicht zwangsweise auch auf Bezirksebene „entschieden“ werden können.

Natürlich bedeutet für uns Kommunalpolitik auch die Auseinandersetzung und Arbeit mit und in den Gremien der kommunalen (in Berlin: bezirklichen) (Selbst)Verwaltung (BVV, Bezirksamt, sowie der ihnen zugeordneten Institutionen).

Andererseits begrenzt sich Kommunalpolitik also nicht auf den parlamentarischen Bereich und endet nicht an der Bezirksgrenze, sondern beginnt im allgemeinen politischen Diskurs, der in irgendeiner Weise (räumlich und/oder inhaltlich) mit dem Bezirk zu tun hat. So sind beispielsweise Mietenpolitik oder Flüchtlingspolitik auch Gegenstand unserer Kommunalpolitik, obwohl diese entscheidend von Bundespolitik bzw. EU-Politik bestimmt werden

Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik. Auf der Basis unserer programmatischen Ziele auch in der bestehenden Gesellschaft für jeden Einzelnen freie Persönlichkeitsentfaltung, Partizipation und materielle Sicherung als Mindeststandard für ein selbstbestimmtes solidarisches Leben zu erreichen steht Kommunalpolitik zusammen mit anderen Komplexen – wie Wirtschaft, Arbeit, Kultur und Bildung – allerdings unmittelbarer als diese in wirksamer Veränderung auf die Lebensqualität und deren Umfeld. Hier erleben wir zuerst gesellschaftliche Veränderungen. Linke Kommunalpolitik muss deshalb gleichermaßen linke Gesellschaftspolitik sein: solidarisch, sozial, partizipatorisch.

Aufgrund unseres Anspruchs als DIE LINKE gesellschaftsverändernd und demokratisch zu wirken, versuchen wir bei jedem Anlass und jedem Aktionsfeld auch kommunalpolitisch herauszustellen, welches die **grundsätzlichen** Probleme sind, die hinter einzelnen konkreten Problemen stehen und welche weitergehenden Schritte und Ziele angesteuert werden müssten, so dass die agierenden und betroffenen Menschen diese Schritte und Ziele mit uns zusammen gehen und besser noch selbständig handeln können.

1 Ist-Analyse und Kritik der herrschenden Kommunalpolitik

Die herrschende Kommunalpolitik ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie aufhört, dann politisch zu agieren, wenn der Zuständigkeitsbereich von BVV oder Bezirksamt überschritten wird. Auch davor agiert sie selten politisch, sondern verwaltet, aufgrund fehlender Finanzen und der Tatsache, dass sie die bestehende Verteilung nicht hinterfragt. Selbst in Angelegenheiten, die die Bürger intensiv betreffen und betroffen machen, verzichtet die Kommunalpolitik der herrschenden Parteien auf Informationen, Stellungnahmen, oder Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, die ihre kommunalen Vertreter als Interessenvertretung gewählt haben.

Auf der anderen Seite versucht das Bezirksamt, in gerade diesen Zuständigkeitsbereichen auch über die Landesebene Einfluss zu nehmen (z.B. Oeynhausen).

Zugleich wird vom Bezirksamt in fast allen in Rede stehenden Fällen kritiklos eine Selbstbeschränkung auf der Basis der zugeteilten Finanzmittel geltend gemacht, ohne die politische Entscheidung zu fehlenden (Kommunal)finanzen kritisch deutlich zu machen und zur Diskussion zu stellen.

Obwohl in dieser Situation unser alternativer kommunalpolitischer Ansatz eigentlich leicht erkennbar gemacht werden könnte, stehen dem Widerstände entgegen, die in der konkreten Umsetzung berücksichtigt werden müssen:

Im Unterschied zu den etablierten Parteien verfügt die LINKE nicht über ein in vielen Jahren entstandenes Netz von Verbindungen zu Gremien und Institutionen auf der Bezirks-, Landes- und Bundesebene. Sie nutzen ihre Zugänge zur Macht, um sich als Macher oder auch als Kümmerer zu präsentieren und wollen lediglich auf der unmittelbaren Ebene Abhilfe schaffen..

Sie scheuen sich mitunter nicht, vor Ort Zusagen und Unterstützung zu versprechen, stimmen dann jedoch meist im Sinne ihrer Fraktion oder im Sinne übergeordneter Strukturen bzw. Gremien ab, von denen zum Teil Konflikt- und Problemlagen selbst erzeugt wurden.

Die VertreterInnen der etablierten Parteien im Bezirk sind aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke und der von ihnen geschaffenen parlamentarischen Verfahren und den realen Kräfteverhältnisse in der Lage, unsere alternativen oder konkurrierenden Ansätze zu ignorieren oder ins Leere laufen zu lassen. Vor diesem Hintergrund wird der Anspruch anzustrebender kollegialer Gremienarbeit auf gleicher Augenhöhe durch das vorhandene politische und kulturelle Machtgefälle verhindert. Um auf der parlamentarischen Ebene erfolgreich sein zu können, ist es deshalb erforderlich auf gesellschaftlicher Ebene nach Bündnispartnern zu suchen, die ihrerseits auf die Kommunalvertretung Druck ausüben und ebenso auf der parlamentarischen Ebene nach möglichen „Durchbruchstellen“ zu suchen. Diese Schwierigkeiten, der konkret politischen Arbeit erfordern ein gut abgestimmtes, sachlich präzises, konsequentes und persönlich integriertes Agieren zusätzlich zu intensiver weitgefaster Kontaktpflege.

2 Selbstverständnis unserer Rolle in diesem Rahmen

Aufgrund dieser Gegebenheiten liegt es nahe, dass unsere Kommunalpolitik (im weiten Sinn) besonders basisnahe und bündnisorientiert sein muss, um überhaupt in Erscheinung treten zu können. Z..B. wird selbst im Fall eines von uns in der BVV erfolgreich eingebrachten Vorschlags, sei es hinsichtlich Flüchtlingspolitik, Bildung, Kultur, Verkehr oder Wirtschaft dieser der Mehrheit zugerechnet und den unmittelbar interessierten, oder davon betroffenen BürgerInnen, muss unser Arbeitsanteil immer wieder öffentlich dargestellt werden. Auch die Erfolge, die ein linkes Bündnis mit unserer Mitarbeit ggf. erringen mag, werden nicht zwingend unserer Partei zugeordnet. Langfristig ausschlaggebend bleibt aber die Veränderung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse im Bündnis mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Gleichzeitig können sich zur Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse nur Parteien zur Wahl stellen. Dieser Widerspruch und diese Herausforderung verlangt Offenheit, Transparenz des eigenen Handelns und Sensibilität im Umgang mit Bündnispartnern.

Unsere macht-, vernetzungs- und mediale Unterlegenheit kann nicht durch 'revolutionäre' oder rein spektakuläre Attitüde ausgeglichen werden. Für die Entscheidung welche Bündnisse geschlossen oder initiiert werden und welcher Arbeitsanteil in Bündnissen verbindlich übernommen wird, welche Methoden in welchen Situationen angemessen sind, kann nicht allgemein, sondern entsprechend der konkreten Bedingungen und konkreten Projekte festgelegt werden. Wir benötigen Kriterien oder ein „politisches Gefühl“ um unser Vorgehen zu entwickeln, aus denen sich auch die Schwerpunkte unserer Kommunalpolitik entwickeln:

kann das Bündnis eine gesellschaftsverändernde Wirkung entfalten und können wir einen politischen Beitrag dazu leisten?

Unsere objektiven Schwächen können wir nur durch Konzentration, Ausdauer und Zuverlässigkeit und intensiveren Versuchen der Verankerung in der Zivilgesellschaft ausgleichen. Diese Qualitäten erreichen wir nur durch kontinuierliche gegenseitige Information, Austausch und Diskussion und aktives Engagement vor Ort.

Wie in anderen Zusammenhängen auch, muss klar sein, dass Pauschalkritik an konkurrierender Parteien und Personenkritik an Parteienvertretern, die nicht sach- oder verantwortungs-bezogen ist, hier wenig hilfreich ist.

3 Handlungsfelder und Schwerpunkte entsprechend unserem Ist-Stand, unserer Rolle/Aufgabe und Ressourcen

Alle aufgeführten Handlungsfelder und weitere werden einzeln dargelegt nach einem Frageschema (ggf. zu ergänzen/modifizieren) wie:

Was gehört dazu?

Was gab es bisher schon dazu?

Welche Bündniskräfte, Gegnerinnen und Gegner gibt es?

Welche kurz- und längerfristigen Ziele lassen sich damit erreichen?

Welche Verantwortliche und Stellvertreterinnen und Stellvertreter gibt es?

Welche besonderen Methoden gibt es?

Welche Prioritäten ordnen wir dem im Gesamtrahmen zu?

3.1 Handlungsfeld: Soziale Kämpfe und soziale Gerechtigkeit

Die Soziale Frage als Hauptschwerpunkt der Gesamtpartei durchzieht selbstverständlich alle anderen Handlungsfelder. Wenn wir sie hier als eines unter anderen – oder selbst als erstes – darstellen, dann nur, um konkret das Feld, die Ziele und Vorhaben für die politische Tagesarbeit herauszuarbeiten.

Dass und wie das Soziale alle anderen Bereiche einschließt, ist beim Handlungsfeld 'Wohnen und Mieten' oder 'Flüchtlinge' noch ohne weitere Erklärung verständlich. Aber auch bei den Handlungsfeldern Jugend, Demokratie, Kultur geht es bei den betreffenden Aktivitäten und Auseinandersetzungen immer darum, für sog. sozial Schwache und Ausgegrenzte, Zugänge zu öffnen, Beteiligung zu ermöglichen, Belastungen, die für andere kaum merkbar sind, zu mindern. Die soziale Frage ist immer zugleich eine Frage der Gerechtigkeit und damit eine ständige Herausforderung des Gemeinwesens, das zugleich demokratisiert werden muss, dessen Gestaltung über demokratische Entscheidungsprozesse über die Kommunalvertretung hinaus abgesichert werden muss. Wir wollen, dass dieser Anspruch auch in die Nähe der Wirklichkeit rückt.

3.1.1 Was gehört konkret zum Handlungsfeld?

Solidarische Unterstützung, Beratung und Selbstermächtigung derjenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbständig bestreiten können. Dazu gehören zu übergroßen Anteilen Jugendliche, Menschen mit den vielfältigsten physischen und psychischen Einschränkungen, alleinerziehende Mütter, Menschen ohne Pass eines potenten Landes der sog. westlichen Wertegemeinschaft, Arbeitende, die von ihrem Lohn nicht leben können.

Vor allem sie brauchen den Zugang zu öffentlichen Angeboten. Für Andere sind diese Angebote in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Urlaub, Freizeit, Ganztagsangebote in Kitas oder Schulhorten, meist selbstverständlich.

Es ist für eine breite sog. Mittelschicht im Laufe der Zeit zur Normalität geworden, dass sie z.B. für Sport und Freizeit, für Kinderbetreuung und Kultur immer höhere Beiträge aufbringen muss oder für sich privatfinanzierte Angebote nutzt.

Im Kampf um soziale Gerechtigkeit geht es auch um die politische Unterstützung von Verteilungskämpfen. Das kann durch eine Analyse und Thematisierung des Ist-Zustandes passieren: Wo werden Gewinne privatisiert und wo Verluste sozialisiert, aber auch durch die Thematisierung und Unterstützung von gewerkschaftlichen Kämpfen, Kitastreik, Streik im Einzelhandel. Auch die Parteikampagne Entfristung kann kommunalpolitisch begleitet werden.

Angesichts steigender Mieten, Energie- Wasserpreise und steigender Kosten für den öffentlichen Nahverkehr werden damit automatisch ein immer größerer Teil der Bevölkerung ausgeschlossen. Andererseits sind für uns Freizeit, Sport, Kultur und Kommunikation nicht beliebige Optionen, die bereits mit einem Fernseher oder Smartphone gewährleistet sind. Diese Ansicht teilen mit uns zwar viele Verantwortliche in Politik und Gesellschaft. Was real dafür getan wird, um den dahinter stehenden Anspruch an ein Leben in Würde, Gerechtigkeit, Gesundheit und Beteiligung/Kommunikation führen zu können, hält sich in engen Grenzen oder fehlt z.B. beim strukturellem Ausbau sich verändernder generationsgerechter Erfordernisse nahezu gänzlich.

3.1.2 Was gab es bisher schon dazu?

Als Partei bieten wir unentgeltlich für alle von Hartz IV direkt oder potentiell Betroffene Sozialberatung an. Wir beraten nicht nur, sondern laden zum gemeinsamen Frühstück ein, wir informieren schriftlich und mündlich bei den verschiedensten Anlässen.

Wann immer es in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) um Fragen weiterer Einsparungen im Bezirkshaushalt geht, bewerten wir vorliegende Vorschläge konsequent aus der Sicht der Schwächeren der Gesellschaft.

Anders jedoch, als diejenigen, die ein Angebot für notwendig aber nicht bezahlbar halten, zeigen wir, wo das große Geld sitzt und verweisen beispielsweise auf grundlegend notwendige Reformen des Steuersystems, das gerecht gestaltet werden muss, so dass für die Mehrheit der Gesellschaft das zurück kommt, was diese Mehrheit auch an Steuern bezahlt hat. Das sind nicht die 10 %, die 60 % des Gesamtvermögens besitzen. Wir nehmen es nicht hin, dass diese 10% zwischen 2000 und 2012 ihr Einkommen um 15% steigern konnte (DIW).

3.1.3 Welche Bündniskräfte, Gegnerinnen und Gegner gibt es?

Mit der letzten Aussage ist die Hauptgegnerin schon genannt: die neoliberale Finanz- und Sparpolitik von Bund und Ländern, mit dem Instrument der Schuldenbremse abgesichert, die Leistungen und Strukturen der Daseinsvorsorge systematisch zu Lasten der Schwachen abbaut, um auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu bestehen.

Am Ende der Sparkette stehen die Kommunen. In Berlin sind es die Bezirke, die auf Finanzaufteilungen des Senats angewiesen sind.

Die Schwierigkeit und die Erkenntnis ist, dass die politisch Verantwortlichen im Bezirk, diese Zuteilungen als „gottgegeben“ hinnehmen und ihre Maßnahmen danach ausrichten. Diesen Maßnahmen und Verantwortlichen treten wir entgegen und das bedeutet:

Wir arbeiten engagiert in Bündnissen und BürgerInneninitiativen mit, da wo Bürgerinnen und Bürger sich dagegen wehren. Fast immer geschieht das nicht unter der Flagge unserer Partei, um Bündnisse breitest möglich zu halten. Wir wollen uns aber auch nicht verstecken – und mit unseren Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern auf Augenhöhe kooperieren. Wir informieren, publizieren *und verbreiten Publikationen, Infos etc.* und beschreiben damit unsere Sichten und ggf. Lösungswege, die wir damit zur Diskussion stellen.

Wir stoßen unser Netzwerk an und arbeiten mit Institutionen, Abgeordneten, Personen des öffentlichen Lebens zusammen, um die Aufmerksamkeit für Alternativen und ganz andere Zusammenhänge deutlich zu machen und dafür zu werben.

Die Gesetze zur leichteren Durchführung von Volks- und Bürgerentscheiden gehen zurück auf DIE LINKE-Initiativen (vgl. Veränderungen der Berliner Verfassung von 2006) in der Zeit unserer Regierungsbeteiligung.

3.1.4 Welche kurz- und längerfristigen Ziele lassen sich erreichen?

Es gibt für uns keinen Punkt, an dem wir sagen könnten „genug ist genug“. Im Unterschied zu vielen Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen verfügen wir als Partei über Strukturen, mit der langfristigen Vorstellung einer sozialgerechten, demokratischen Gesellschaft ohne Profitzwang und Kriege, die Kontinuität und Erfahrungsaufbau ermöglicht und die gewählt werden kann. So steht sie in der Pflicht, politische Verantwortung zu übernehmen und ihre Positionen oder Standpunkte zu sehr unterschiedlichen Politikfeldern zu formulieren und möglichst in Einklang (Kohärenz) zu bringen.

Parteien haben damit sowohl eine einzubringende Kompetenz als auch eine Verantwortung, diese kulturellen Veränderungsprozesse verantwortungsbewusst zu begleiten, mitzugestalten – aber auch zu kritisieren. Die LINKE steht hierbei in der besonderen Verantwortung, demokratische Prozesse nicht nur solidarisch zu begleiten, sondern insbes. sozial zu öffnen und gesellschaftspolitische Handlungsperspektiven aufzuzeigen, aber auch undemokratische Prozesse zu bekämpfen.

Das Feld der parlamentarischen Demokratie allein ist schwach, vor allem ohne gesellschaftliche Rückbindung. Doch kann eine starke Vertretung die Möglichkeiten der Demokratie vor Ort verbessern.

Eine übergeordnete Zielstellung für die kontinuierliche Kleinarbeit besteht darin, dass immer mehr Menschen statt zu resignieren oder sich nur auf sich zu beziehen, aufmerken und sich gemeinsam einbringen:

- für eine Gesellschaft ohne Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Armut im Alter, vor schlechter Gesundheitsversorgung, vor Bildungsnotstand und Armut trotz Arbeit.
- für eine Gesellschaft ohne Angst vor vergifteten Lebensmitteln, zerstörter Umwelt, Diskriminierung und nicht zuletzt ohne Angst vor Krieg.
- Also für eine Gesellschaft, in der alle Menschen in Frieden und sozialer Sicherheit selbstbestimmt leben können

3.1.5 Welche Verantwortliche gibt es?

Grundsätzlich ist in unserem Gesellschaftssystem niemand dafür konkret verantwortlich, dass die Grundrechte, also Art 1-19 des Grundgesetzes für alle gelten, die in dieser Gesellschaft leben wollen, müssen und dürfen. Alle politisch Verantwortlichen von der Kanzlerin bis zum Bezirksbürgermeister reden davon, dass es alternativlos ist, wenn aufgrund der finanziellen und ökonomischen Verhältnisse wieder einmal eine Sparmaßnahme notwendig wird.

Wir alle wissen, dass immer und ganz am Ende das Geld und der Markt die Dinge nicht hergeben, die Menschen für ein Leben in Würde und ohne Angst brauchen, obwohl doch die Würde des Menschen nach Art. 1 unantastbar ist.

3.1.6 Welche besonderen Methoden gibt es?

Da dieses Feld sich – wie dargelegt – aus vielen wechselnden unterschiedlichen Dimensionen, Fragen und Problemlagen ergibt, sind **Konsistenz**, **Kontinuität**, **Kommunikation** – die 3 K - hier entscheidende Grundsätze für Erfolge, die sich erst auf lange Sicht herstellen. Dabei bedeutet

- Konsistenz, dass man das Wirken DER LINKEN als zuverlässig, sich nicht widersprechend und einleuchtend wahrnehmen kann. Das heißt nicht, dass man immer anpassbar akzeptabel erscheint.
- Kontinuität heißt, dass Hau-Ruck-Aktionen, Aktionismus, Immer-dabei-sein nur dann etwas bringen, wenn sie mit langfristigen Strategien verbunden sind, die einen langen Atem und Ausdauer brauchen. Personelle Kontinuität ist wichtig, obwohl wir auf Freiwilligkeit angewiesen, diese nicht immer gewährleisten können. Neben einer personellen Kontinuität, ist eine politische Kontinuität notwendig, auch wenn diese nicht immer möglich ist, da DIE LINKE selbst in sich nicht konsistent ist, die Genossinnen und Genossen innerhalb der Partei für ihre Überzeugungen streiten.
- Kommunikation heißt, dass nicht nur die Beteiligten vom Anlass, dem Problem und den Personen etwas wissen, sondern möglichst immer alle Aktiven des Bezirksverbandes und darüber hinaus das Umfeld, innerhalb dessen sich DIE LINKE als gesellschaftliche linke Kraft bewegt. Letzteres kann nicht nur mündlich gewährleistet werden. Das Netz muss hierfür besser genutzt werden.

3.1.7 Welche Prioritäten ordnen wir dem im Gesamtrahmen zu?

Für dieses Handlungsfeld gilt die im ersten Punkt (vorab) Feststellung

3.2 Jugend und Demokratie

4.2.1. Was gehört dazu?

Alle **gesellschaftlichen** Bereiche, die die Lebenswirklichkeit und den Alltag von Kindern- und Jugendlichen prägen u.a.

- stadträumliche Struktur (Spielplätze, öffentliche Plätze und Parks, Kommunikationspunkte, Verbindungen und Verkehr)
- Angebote der Jugendzentren, sowie andere außerschulische Bildungsangebote
- Sport und Freizeitinfrastruktur
- Schule und Kindertagesstätte als öffentliche Einrichtungen, die den Lebensmittelpunkt von Kindern- und Jugendlichen darstellen

Alle **institutionellen** Bereiche der Jugendhilfe, die namentlich der Jugendhilfeausschuss bearbeiten könnte

- Schule und Bildung (Ausstattung, Konzeption und Funktion von Schule und Bildung)
- Jugendberufsagenturen
- Jugendhilfeplanung und Finanzen der Jugendhilfe
- Erörterung aktueller Problemlagen von Kindern- und Jugendlichen und ihrer Familien.

Dazu gehören aber auch alle weiteren **politischen Gremien und Verwaltungen** der Jugendhilfe u.a.

- Gremien, in denen Jugend direkt gestalten kann, auf bezirklicher Ebene (Kinder- und Jugendparlament) und auf schulischer Ebene (Bezirksschülerausschuss, Schülervertretungen)
- Gremien und Vereinigungen, die sich um das Thema „Jugend“ drehen (Bezirksschulbeirat, Bezirksselternausschuss, freie und öffentliche Träger als Interessenvertretungen)
- zeitlich begrenzte Projekte der politischen Bildung, Begegnungs- und Austauschprojekte
- Verwaltungen, die der Abteilung Jugend, Familie, Schule und Sport unterstehen (Jugendamt, Schul- und Sportamt, Umweltamt)
- neben dem Jugendhilfeausschuss, weitere Fachausschüsse und Kommissionen der BVV (u.a. Schulausschuss, Spielplatzkommission)

Es gibt Überschneidungen mit vielen anderen Handlungsfeldern. Der spezielle Blickwinkel der betroffenen Kinder- und Jugendbevölkerung ist dann ein anderer.

4.2.2. Was gab es bisher dazu?

Eigene Aktivitäten des Bezirksverbands müssen hier vervollständigt werden:

kollektive Aktivitäten:

...(zu ergänzen)

individuelle Aktivitäten:

Uli Riedel, hat als Aktiver im Beirat des Kinder- und Jugendparlaments den Austausch verschiedener Kinder- und Jugendparlamente auf europäischer Ebene vorangetrieben.

Niklas Schenker, hat als Vorsitzender des Kinder- und Jugendparlaments 2 Jahre beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss war und als Honorarkraft für das KJP arbeitet.

4.2.3. Bündnis- und Gegenkräfte

Zu den Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern gehören:

- Personal in Jugendzentren (die im Bezirk arbeitenden öffentlichen und freien Träger)
- Mitarbeiter/innen des Jugendamts (in Teilen)
- Kinder- und Jugendparlament, Bezirksschülerausschuss (BSA), Bezirksschulbeirat (BSB), Schülervertretungen an den Schulen (SV's)
- Jugendvereine (z.B. SDJ – Die Falken, Naturfreundejugend Berlin)
- es gibt ein Potential unter allen noch unorganisierten Kindern- und Jugendlichen (bis 27!) des Bezirks, ihren Eltern, Verwandten und Freunden/Freundinnen, die die Angebote der Jugendhilfe in Anspruch nehmen

Zu den Gegenkräften gehört die derzeit vorherrschende jugendfeindliche Kommunalpolitik (zurzeit vor allem SPD- Bezirksstadträte und die rot-grüne Zählgemeinschaft). Es fehlt der politische Wille, den Bereich Jugend besser auszustatten, so dass eine breiter angelegte Jugendarbeit möglich würde.

Völlig falsch gesetzte Prioritäten treffen die Schwächsten der Schwachen im Bezirk: die Kinder- und Jugendlichen. Die im Bezirk existierenden Mitbestimmungsgremien für Kinder- und Jugendliche sind – auch aufgrund ihrer prekären Finanzierung – überlastet und teilweise überfordert. Zwar „fördert“ die Verwaltung Einrichtungen wie das Kinder- und Jugendparlament (KJP), achtet dabei aber nicht auf eine jugendgerechte Sprache. Damit schafft sie Gremien, denen es kaum möglich ist, in das Geschehen einzugreifen. Es gelingen den bezirklichen Gremien zwar kleinere Projekte, die aber eine stärkere Politisierung und Demokratisierung gar nicht beabsichtigen.

Auch nach 12 Jahren KJP wird „über“ statt „mit“ Jugend gesprochen. Die wenigsten Kinder- und Jugendlichen sind für die trockene und komplizierte Kommunalpolitik von BVV und Bezirksamt zu begeistern, so dass gerade außerhalb dieses Gremiums Räume für politische Diskussionen, Problemanalyse und politisches Engagement wichtig sind.

Gerade auch deshalb, weil aufgrund der prekären Finanzierung von Jugendeinrichtungen die Einbindung in politische Entscheidungsprozesse zurückgeht. Jugendzentren, die in der Hand öffentlicher Träger lagen, wurden in großer Zahl in freie Träger überführt, die das bislang kostenfreie Angebot entweder nicht oder nur teilweise kostenfrei anbieten können.

Andererseits wird aus dem „kennzahlgestützten Planmengenverfahren“ vorhandenes Geld nicht für eine Stärkung der Jugendhilfe ausgegeben.

4.2.4. Kurzfristige und langfristige Ziele

Allgemein gilt es zunächst die Finanzierung der Jugendhilfe deutlich zu erhöhen und dieser eine deutliche höhere Priorität beizumessen!

- Kennzahlgestütztes Planmengenverfahren: wo ist das Geld geblieben, welche Ausgaben werden vorgenommen? Wo kommt es an?
- 10% für Jugendhilfe: gesetzlich festgelegte Ausgaben für Jugendhilfe mittelfristig erreichen
- geplantes Jugendfreizeitheim in Westend (JFH): Finanzierungskonzept fordern; mittelfristig soll ein demokratisch organisiertes JFH entstehen mit dem langfristigen Ziel des ersten selbstverwalteten Jugendzentrums in Charlottenburg-Wilmersdorfs als Ort für unabhängige politische Jugendbildungsarbeit
- Politische Jugendgremien statt Demokratiesimulation: (zusätzliche) Stelle für den Bezirksschülerausschuss mit enger Anbindung an KJP; mehr aktive Rechte für Vertreterinnen und Vertreter von KJP und BSA in bezirklichen Gremien
- Abgrenzung (auch räumlich) von Bezirksamt, sowie Stärkung durch Mitarbeit in Beirat des KJP's
- Verknüpfung der Arbeit der bezirklichen Gremien durch ein mit ausreichenden Stellen ausgestattetes, unabhängiges Kinder- und Jugendbüro
- formalen und organisatorischen Rahmen schaffen (Schulfrei!) für jährliche, bezirkliche Jugendvollversammlung
- niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeiten (Partnerschaft für Demokratie, Jugendjury) begleiten und stärken
- Privatisierungsverbot von Jugendzentren durchsetzen
- bezirkliche Initiative Wahlrecht ab 14 Jahren entwickeln
- bezirkliche Initiative Politik ab Klasse 1 entwickeln
- Angebote der Jugendhilfe mit dem Schwerpunkt auf Mädchensozialarbeit (Beispiel Mädchentreff D3) stärken und ausbauen

4.2.5. Wer trägt wofür die Verantwortung?

Da das Thema „Jugend“ in Verbindung mit „Demokratie“ bisher kaum von uns bearbeitet wurde, ist als eine Grundlage für die Aktiven eine Übersicht der Infrastruktur, die Netzwerke und personellen Verbindungen erforderlich.

Das breit angelegte Themenfeld eignet sich in einzigartiger Weise dazu, konkrete Probleme im Bezirk anzugehen und Alternativen darzustellen. Die Verbindung der beiden Themenstränge erlaubt eine Mitbehandlung weiterer relevanter Bereiche kommunaler Politik und wird in dieser Form nicht von anderen politischen Akteuren im Bezirk propagiert.

Die so beschriebenen Umstände und Ziele setzen eine soziale und altersgemäße Struktur des Bezirksverbands voraus, die erst im Entstehen ist.

4.2.6. Methodische Ansätze

Am Thema Jugend lässt sich exemplarisch darstellen, was herrschende neoliberale und am machbaren, d.h. verfügbaren Finanzrahmen orientierte Politik bedeuten kann.

Die Gruppen von Menschen in der Gesellschaft, die weder über eine Lobby, über eine starke Interessenvertretung, noch über aktives Stimmrecht bei Wahlen verfügen, werden „kaputt gespart“: Die Ausgaben für Jugend sinken oder stagnieren seit Jahren und sind im Berliner Vergleich dramatisch niedrig. Statt das vorhandene Geld für die dringend notwendige Jugendhilfe auszugeben, werden Prestigeobjekte in intransparenter Art und Weise (beispielsweise Kudamm-Sanierung) vorangetrieben. Darunter leiden vor allem die Kinder und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien mit Migrationsgeschichte, die die oft kostenfreien Angebote der Jugendzentren im Bezirk nutzen.

Wenn DIE LINKE es - ihrem Anspruch entsprechend - schafft, relevante Zusammenhänge "jugendgerecht" und gesellschaftskritisch aufzubereiten, die Politik „vom Plenarsaal“ in die Jugendzentren zu verlegen – die Jugendlichen also dort abzuholen wo sie sind, um mit ihnen auf Augenhöhe ihre Interessen zu vertreten und sie im besten Fall dazu ermächtigt, ihre Interessen selbst(organisiert) zu vertreten, dann kann sie ganz exemplarisch demokratisierend und gesellschaftsverändernd wirken – und das auf bezirklicher Ebene.

3.3 Handlungsfeld: Mieten und Wohnen in Charlottenburg-Wilmersdorf

3.3.1 Was gehört dazu?

Mit folgenden Schlagworten werden der Umfang und die Vielfältigkeit des Handlungsfeldes deutlich:

- Wohnumfeld
- Wohnqualität
- Milieuschutz
- Umwandlungsverordnung
- Zweckentfremdung
- Zwangsräumungen
- Sanierung/ Modernisierung/ energetische Sanierung
- Kommunaler Wohnraum
- Wohnungsbau

In unserem Bezirk und noch mehr im Nachbarberirk Spandau, stehen derzeit erhebliche Gewerbeflächen ungenutzt leer, während gleichzeitig wertvoller Wohnraum gewerblich genutzt wird. Flächen, die für Wohnbebauung genutzt werden könnten, werden für Gewerbebauten genutzt. Gewerbeflächen werden logistisch falsch verteilt und belasten damit unsinnig den Innenstadtbezirk Charlottenburg. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: der kirchturmpolitische bezirkliche Wettbewerb und das Ringen um Zuweisungen aus den diversen Steuereinnahmen.

Gleichzeitig drängt die „City West“ nach Westen. Polemisch indes politisch-ökonomisch korrekt formuliert: die Gentrifizierung verbunden mit der Zweckentfremdung und Umwandlung von Wohnraum ist die Vorhut für die nachhaltige *kapitalistische* Umgestaltung des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem Refugium willfähiger neoliberaler Büttel und ihrer Lakaien. Kultur und Bildung, gesellschaftliche Engagements und auch Wohlfahrt verkommen unter dieser Maxime zu einer Attitüde der Eventkultur und dienen weiter der Ausgrenzung und der Verdrängung der „angestammten“ wie „zwischenzeitlichen“ Bevölkerung.

Zarte Beispiel hierfür können wir aus Prenzlauer Berg, Kreuzberg und Neukölln erahnen. Diese sind deshalb lediglich annähernde Vorbilder, da es sich hierbei um temporäre „Hip-Bezirke“ handelt, Charlottenburg-Wilmersdorf aber ein strategischer Bezirk ist, der mit den Vierteln um den Kurfürstendamm deutlich weltstädtisch repräsentativ ist. Damit steht der Bezirk unter einem gänzlich anderen Fokus als *alle* anderen Bezirke in Berlin, so dass wir davon ausgehen können, dass wir lange noch nicht am Anfang der Umgestaltungsbestrebungen stehen.

3.3.2 Was gab es bisher schon dazu?

Die derzeit einzige, einigermaßen stabil arbeitende Mieterinnen- und Mieterinitiative im Bezirk ist die MIETER WERK STADT Charlottenburg, die sich insbesondere mit der Situation im Klausenerplatz-Kiez auseinandersetzt.

Kleine ad hoc entstandene Initiativen in Charlottenburg und in Wilmersdorf arbeiten an punktuellen Problemen. Mit diesen soll - sofern noch nicht geschehen – eine stetige Zusammenarbeit entwickelt werden.

Inzwischen treffen auf allen Handlungsebenen – Stadtbüro, Bezirksverband, MIETER WERK STADT – in kürzer werdenden Abständen Meldungen aus Wohnblocks und Kiezen im Bezirk ein, in denen Mieterinnen und Mieter aktiv werden, aber hilfesuchend Unterstützung ersuchen. Das zeigt mehreres: Betroffenheit, Handlungsbereitschaft und die Notwendigkeit zur Unterstützung und kritischer Begleitung.

Mieterinnen- und Mieterinitiativen und ad hoc Bündnisse sind sich im Klaren darüber, dass sie eine nachhaltige Unterstützung nur von der Linken erwarten können – und sie fordern sie ein.

Die LINKE Berlin hat mit ihrem Parteitagbeschluss zum Mieten- und Wohnungsprogramm auf Landesebene einen wichtigen programmatischen Beschluss gefasst, den es gilt auch auf Bezirksebene umzusetzen, zu ergänzen und vor allem handlungsorientiert mit den unterschiedlichen Initiativen und Bündnissen umzusetzen.

3.3.3 Welche kurz- und längerfristigen Ziele lassen sich erreichen?

Wichtige Aktionsinstrumente sind die Ausweisung von Wohngebieten als Milieuschutzgebiet und die Frage der Umwandlungsverordnung/Zweckentfremdung sozusagen im „Vorfeld“, sowie die Planungen und Vorhaben hinsichtlich energetischer Sanierung, Modernisierung etc., die in aller Regel mit Verdrängungen von angestammten Mieterinnen und Mietern einhergehen.

Auch die bestehenden bezirklichen Möglichkeiten, Mieten und Wohnen zu verbessern und zu entwickeln, können wirksam genutzt werden, wenn es gelingt Initiativen und Aktionsbündnisse einzubeziehen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Große und kleine Auseinandersetzungen um Sanierungsvorhaben, Zwangsräumungen, Verdrängung, Umwandlung haben gezeigt, dass überall dort, wo sich rechtzeitig Bündnisse gebildet haben, die Interessen der Mieterinnen und Mieter wirksamer vertreten werden konnten als dort, wo sich die Mieterinnen und Mieter alleine auf die parlamentarische Vertretung verlassen haben.

3.3.4 Welche besonderen Methoden gibt es?

Wichtig ist, dass diese Bündnisse bereits im Vorfeld und unabhängig von konkreten Ereignissen initiiert werden, denn es zeigt sich, dass einerseits wachsame und informierte Mieterinnen Mieter frühzeitig Tendenzen in den Kiezen hinsichtlich negativer Veränderungen erkennen; dass aber andererseits die gegenseitig unterstützende Zusammenarbeit zwischen Partei, Bezirksverordneten und den Mieterinnen- und Mieterbündnissen sich nicht automatisiert und reibungslos entwickeln lassen. Bereits in Gang gekommenen Prozessen steht häufig die akute Situation entgegen.

Auch wenn das für alle Handlungsfelder gilt: Es kommt darauf an, Mieterinnen und Mieter anzusprechen, sie zu unterstützen und zu ermutigen, sich für ihre berechtigten Interessen einzusetzen und zusammenzuschließen. Denn nur wenn es gelingt, die Mieterinnen und Mieter selbst für ihre Belange einzubeziehen und zu bewegen, besteht die Aussicht, negative Entwicklungen in den Kiezen zu beeinflussen.

3.4 Handlungsfeld: Geflüchtete in Charlottenburg-Wilmersdorf willkommen heißen

3.4.1 Was gehört dazu?

Man könnte die Auffassung vertreten, dass dieses Handlungsfeld nicht eigentlich zur Kommunalpolitik gehört, sondern in den viel größeren Rahmen der Gesamtpolitik der Partei, zu Internationalismus und Friedenspolitik gehört. Andererseits sind die Kommunen und hier in Berlin die Bezirke in besonderer Weise betroffen. Verantwortlich für die z.Zt. katastrophale Lage der Geflüchteten im Land, ist die Politik des 'Dahinwurstelns', der 'Koalition der behäbigen Mehrheit', der es anscheinend gleichgültig ist, wie die Bevölkerung auf den Zuzug von Geflüchteten vorbereitet wird.

Ein anderer Umgang mit diesem gesamten Feld bedeutet für uns

- Zusammenhänge, Ursachen und Folgen kapitalistischer geopolitischer Interessen, Interventionen, Ressourcenausbeutung und Machtstrukturen aufzuzeigen
- die unmittelbare Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen bei uns im Bezirk, die Zusammenarbeit mit dem Berliner Flüchtlingsrat und die enge Abstimmung mit der Arbeit der LAG Migration des Berliner Landesverbandes
- die Sensibilisierung der politischen wie gesellschaftlichen Öffentlichkeit für den Zusammenhang von Flüchtlings- und sozialer Frage – bzw. auch der Entwicklung von öffentlichen Infrastrukturen die für jede und jeden, die bzw. der sie braucht, ausreichend zur Verfügung gestellt werden müssen
- zusätzliche und neue Kontakte zu allen gutwilligen und hilfsbereiten Menschen und Organisationen, die nicht einfach zuschauen wollen,
- Antifaschismus konkret zu demonstrieren, d.h. Aufklärung und auch die Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Positionen oder Aktivitäten auch durch
- Die Darstellung von Zusammenhängen, über Ursachen von Flucht und Migration als Folgen brutaler Durchsetzung globaler kapitalistischer geopolitischer Interessen, Interventionen, Ressourcenausbeutung und Machtstrukturen.

3.4.2 Was gab es bisher schon dazu?

Unter enormem persönlichen Einsatz und der Beteiligung – vor allem einiger Genossinnen – sind Netzwerke entstanden wie 'Willkommen im Westend', 'Willkommen in Wilmersdorf', die organisatorische, karitative und politische Unterstützung in der Phase des Eintreffens der Flüchtlinge geleistet haben und weiterhin leisten.

3.4.3 Welche Bündniskräfte, Gegnerinnen und Gegner gibt es?

In allen bisherigen Fällen gab es kritische Situationen in Bürgerinnen- und Bpürgerversammlungen im Umfeld der Unterbringungseinrichtungen. Dort ist es entscheidend, eine Stimmung des Willkommens zu verbreiten, vor der rassistische, neonazistische, egoistische Motive und Meinungen zum Erliegen kommen.

Die oben kritisierte Politik des Senats, kommt auch in der desolaten und korrumpierten Situation des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGESO) zum Vorschein. Dagegen

gab es von Seiten der genannten Hilfs-Netzwerke Protest, der auch in den Medien und der Öffentlichkeit Widerhall fand und Korrekturmaßnahmen des Senats erzwang.

3.4.4 Welche kurz- und längerfristigen Ziele lassen sich damit erreichen?

Außer der genannten Mitarbeit in den Unterstützungsnetzwerken, gibt es nur die möglichst breite Aufklärung über Ursachen der Flüchtlingsbewegungen, über den offiziellen Umgang mit den Flüchtlingen vor Ort. Über die Voraussetzungen, Möglichkeiten und die vielseitigen Grundlagen (völkerrechtliche, europäische, nationale und allgemein menschliche) dieser Katastrophe globalen Ausmaßes zu begegnen. Einer Katastrophe, die nicht natürlichen Ursprungs ist, sondern politisch-gesellschaftliche Ursachen hat und 'menschengemacht' ist.

Durch die momentane Situation ist ein großer Teil der Bevölkerung sensibler für unsere Anti-Kriegspolitik und unsere Forderungen.

3.4.5 Welche Verantwortlichkeiten gibt es?

Im 'kommunalen' Rahmen sind vorrangig Senatsverwaltungen und bezirkliche Amtsträger anzusprechen. Auch wenn direkte Verantwortlichkeiten über die Ursachen der Flüchtlingsbewegungen nicht gegeben sind, bestehen aus grundgesetzlichen, vertraglichen und schlicht humanistischen Verpflichtungen heraus Handlungsnotwendigkeiten, die permanent geltend gemacht werden müssen. Die oftmals angemahnte 'zivilgesellschaftliche, offene Gesellschaft' existiert nicht aus sich heraus, sondern muss sich ständig neu formieren. DIE LINKE zeigt sich dabei als elementarer Bestandteil dieser Gesellschaft.

3.4.6 Welche besonderen Methoden gibt es?

Öffentlichkeitsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, ...

Das Instrument der Presseerklärung und die Nutzung der Internetplattformen können verbessert werden.

3.4.7 Welche Prioritäten ordnen wir dem im Gesamtrahmen zu?

Es handelt sich bei diesem Handlungsfeld um eine dauerhafte, zusätzliche Aufgabe, die neben und mit den 'normalen' politischen Aufgaben geleistet werden muss. Die dauerhaften karitativen Leistungen, die viele Hilfsbereite aus der Bevölkerung schon seit einiger Zeit leisten, können von unserer Partei nicht mit übernommen werden.

Das betrifft nicht die organisatorische Unterstützung wie z.B. die Bereitstellung von Kursräumen für Deutschunterricht, Treffpunkten und Spendenorganisation.

3.5 Handlungsfeld: (neu)rechte Strukturen aufdecken, antifaschistische Kräfte und Haltungen stärken

3.5.1 Was gehört dazu?

Dazu gehört die parlamentarische und außerparlamentarische Auseinandersetzung mit rechtskonservativen, (neu)rechten, faschistischen und neonazistischen Parteien, Gruppen, Einzelpersonen, Einrichtungen, Denkweisen, Einstellungen, und ihren Folgeerscheinungen, die explizit im Bezirk ihren Ursprung haben oder im Bezirk stattfinden/agieren, in Form von Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit, Diskussion, Bündnisarbeit, direkten Aktionen etc.

3.5.2 Was gab es bisher schon dazu?

Ein sich explizit mit (neu)rechten Strukturen im Bezirk befassender Arbeitskreis DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf.

Darüber hinaus, die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen, die personelle Verzahnung mit antifaschistisch arbeitenden Gruppen und Überführung ihrer Anliegen in Anträge der BVV.

Vor allem die Bündnisse "Willkommen im Westend" und "Willkommen in Wilmersdorf" sind aktiv in der Auseinandersetzung mit rechten Erscheinungen, rund um die Flüchtlingsunterkünfte.

3.5.3 Welche Bündniskräfte und Gegenkräfte gibt es?

Bündnispartnerinnen und -partner:

- zahlreiche linke und bürgerliche Gruppen, Initiativen, Parteien und Einzelpersonen, wie vor allem VVN-BdA, Willkommen im Westend und Willkommen in Wilmersdorf, die Falken und Jusos, aber auch Piraten, SPD, Grüne Jugend, Die Grünen
- zahlreiche Einrichtungen wie Schloss19, Jugend- und Kulturzentrum Spirale, Kiezbüro Klausenerplatz etc.
- zahlreiche linke und bürgerliche, antifaschistisch bewegte Bürgerinnen und Bürger im Bezirk
- strukturell arbeitende 'Registerstelle Charlottenburg-Wilmersdorf' als Hauptinformationsquelle
- teilweise im Bezirk arbeitende andere antifaschistische Gruppen wie Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, kleinere autonome Antifa-Gruppen

Gegenkräfte:

- rechtsextreme und (neu)rechte Parteien: vor allem AfD, NPD
- gewaltbereite Neonazis und Faschisten
- vor allem bürgerlicher und intellektueller Rechtskonservatismus und Strukturen, die hinter der bürgerlichen Fassade Charlottenburg-Wilmersdorfs ohne viel Protest existieren (beispielsweise "Zwischentag", Logenhaus, Bibliothek des Konservatismus, Junge Freiheit)

- verschwörungstheoretische, oft strukturell antisemitische Gruppen ("Blauer Himmel Berlin")

3.5.4 Welche Probleme und Zielstellungen gibt es?

Charlottenburg-Wilmersdorf stellt für (neu)rechte Strukturen ein "ruhiges Hinterland" dar, in dem sie relativ ungestört arbeiten können, was auch Rechte und Rechtsextreme aus anderen Bezirken (und wie das Beispiel des "Zwischentags"¹ zeigt, andere Aktive aus ganz Europa) lockt, hier aktiv zu werden bzw. Charlottenburg-Wilmersdorf als einen Ort für Treffen zu nutzen.

Gewaltbereite Neonazis und Faschisten, stellen im Bezirk weniger ein Problem dar und agieren nicht organisiert. Das Hauptproblem ist eine mangelnde Transparenz von rechten Strukturen, ein intransparentes Netzwerk im Bezirk, das alle politischen Kräften rechts der CDU beinhaltet.

Ziele: Argumentationen und Reden von (Neu)rechten dürfen nicht unwidersprochen bleiben, Vereinigungen wie die der AfD muss die politische Bühne entzogen werden, ob in der BVV oder auf der Straße. Ziel für die BVV-Wahlen 2016 muss die Verhinderung des Einzugs der AfD sein, im Schulterschluss mit antifaschistischen, parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften.

Überdies, sind vor allem Aktionen, die dem Öffentlichmachen von (neu)rechten Strukturen dienen wichtig und lassen sich in einem Bündnis mit oben aufgeführten Initiativen, vor allem Registerstelle, erreichen.

Grundsätzlich: antifaschistische Arbeit, also Aufbau, Weiterverbreitung bestehender (auch bürgerlicher) antifaschistischer Projekte und Initiativen, durch breites Zusammenarbeiten mit aufgeführten (und vielen anderen möglichen) Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern. DIE LINKE hat auf diesem Feld eine eigenständige, anerkannte Reputation und Verpflichtung.

3.5.5 Welche besonderen Methoden gibt es?

Die Arbeit im Themenfeld ist äußerst divers, da die "Gegner" wie die Bündnispartnerinnen und Bündnispartner verschiedene Anlässe, Ziele, Zielgruppen und Themen ansprechen wollen.

Vor allem: gut geschulte, fachkundige und engagierte Aktive, die in verschiedenen Bereichen, mit unterschiedlichen Mitteln, die Auseinandersetzung mit der "intellektuellen" neuen Rechten und ihren Strukturen angehen und überdies eine Verknüpfung der verschiedenen antifaschistischen Kämpfe, wie eine Verbreitung bestehender antifaschistischer (auch bürgerlicher) Projekte und Initiativen.

3.5.6 Welche Priorität ordnen wir dem im Gesamtrahmen zu?

Den antifaschistischen Kampf in Charlottenburg-Wilmersdorf (mit) zu organisieren, sich gegen jegliches rechtes Gedankengut stark zu machen, vor allem dort wo er physisch Menschen bedroht, ist selbstverständlich und elementare Aufgabe einer linken Partei und muss auch als diese angenommen werden. Durch einen möglichen Einzug der AfD in die BVV steigt die Priorität der konkreten Auseinandersetzung an.

1 Der Zwischentag ist die wichtigste Messe der Neuen Rechten, die 2013 relativ ungestört im Logenhaus am Emser Platz in Wilmersdorf stattfand und an dem die gesamte Breite des rechten Spektrums (über Identitäre und "Intellektuelle" bis zu verurteilten Rechtsterroristen) teilnahm.

4 Methoden und nächste Schritte

Jedes einzelne Handlungsfeld soll schon in seiner Beschreibung und Spezifik die Ansatzpunkte für eine basis- und bündnisbezogene Arbeit angeben.

Durch die Diskussion auf Basis dieses Anfangspapiers mit allen Gruppen und seiner schrittweisen Verbesserung und Vervollständigung verbessern wir die gegenseitige Information, die Motivation und Zusammenarbeit und damit den Aktivitätsgrad.

Mangel an letzteren Notwendigkeiten waren der Hauptgrund, wenn wir gemessen an unserer zahlenmäßigen Stärke zu schwach in manchen Projekten waren.

Erst nach diesem gemeinsamen Erarbeitungsprozess sind wir in der Lage, ein praktisch relevantes Wahlprogramm zu formulieren und die schwierige Aufgabe der Aufstellung einer Kandidatenliste anzugehen.